Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 183 (2017)

Heft: 10

Artikel: Geopolitische Implikationen der "one belt, one road"-Strategie Chinas

Autor: Schneider, Henrique

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-730707

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Geopolitische Implikationen der «one belt, one road»-Strategie Chinas

Zwei Begriffe prägen die chinesische Weltsicht: «zhong guo» und «tian xia». Der erste bedeutet die Mitte der Welt – der chinesische Name Chinas. Der zweite bezeichnet das, was unter dem Himmel ist, das heisst die Welt. Die Botschaft ist klar: Auf der Welt gibt es eine Mitte – China.

Henrique Schneider, Redaktor ASMZ

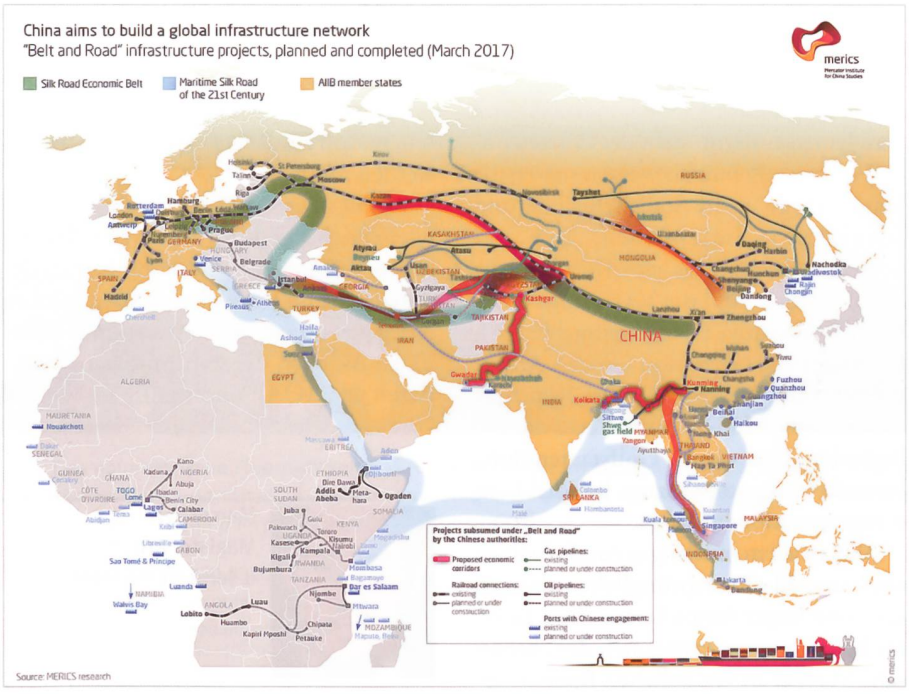
Wer nun meint, diese kosmologische Sicht sei zu abstrakt für die Sicherheits- oder Geopolitik, irrt sich. Denn gerade diese Bezeichnungen sind der Schlüssel, um die untergegangenen Kaiserreiche am Yangtse zu verstehen. Und sie sind immer noch der Schlüssel zu dem, was die Volksrepublik heute bewegt.

Nachrichten aus China kommen meist positiv daher: Peking engagiert sich für mehr globalen Freihandel. Die kommunistische Staatsführung möchte in Sachen Klima und Umwelt an der Weltspitze sein. Das neueste ist die «one belt, one road»-Strategie (OBOR). Um die 300 Milliarden Franken hat Chinas Führung den Staaten entlang der antiken Seidenstrasse und am Indischen Ozean zugesagt. Das wäre eines der grössten Konjunkturprogramme der Geschichte.

Kein Zweifel; diese Nachrichten sind positiv. Falls dies alles tatsächlich erfolgt, sind es gute Impulse für die Welt. Die Wirtschaft profitiert, die Umwelt profitiert, Armut in Asien wird verringert, europäische Länder können ihre Beziehungen diversifizieren. So unumstritten diese Effekte sind, so unvollständig ist ihre alleinige Betrachtung. Denn knallhart verfolgt das Land der Mitte geostrategische und innenpolitische Ziele.

OBOR – eine Übersicht

Die OBOR besteht aus zwei Routen. Einerseits gibt es den Seeweg über Südasien und das Horn von Afrika in Richtung Mittelmeer. Andererseits gibt es den Landweg über die zentralasiatischen Länder, dem Iran und die Türkei nach Europa. Dieser Landweg besteht aus sechs Korridoren: Nach Südostasien, nach Burma/Myanmar, nach Zentralasien bis zur Türkei, nach Pakistan, in die Mongolei nach Russland sowie nach Europa.



China will ganz Eurasien und Teile Afrikas mit Strassen und Schienen für Hochgeschwindigkeitszüge verbinden, in Häfen, Containerterminals und Flughäfen investieren, und ebenfalls Kraftwerke, Pipelines und Computernetzwerke erstellen. Dies will alles finanziert werden. Dafür hat das Land der Mitte eine Vielzahl von Kanälen aufgestellt.

Zunächst gibt es den Seidenstrassen-Fonds, dessen Grösse auf 40 Milliarden US-Dollar geschätzt wird. Er wird finanziert durch staatliche chinesische Institutionen, welche über geäufnete Devisenreserven verfügen. Dann gibt es die Asiatische Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB), welche 100 Milliarden USD haben wird. Sie ist eine multilaterale Entwicklungsbank; eine komplementäre Alternative zur Weltbank, insbesondere zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten in Asien. Sie besteht aus 37 regionalen und 20 nicht-regionalen Mitgliedern, darunter die Schweiz. Als Drittes werden die staatlichen Banken Chinas zur Zusammenarbeit «eingeladen». Zum Beispiel vergaben China Development Bank, China Agricultural Development Bank oder die Import-Export Bank schon über 100 Milliarden USD an Darlehen.

Die Strategie hinter der Strategie

Klar ist aber auch: Das geschieht nicht ohne Eigennutz. Wirtschaftspolitisch verfolgt China zwei Ziele: Erstens geht es um die Erschliessung neuer Absatzmärkte für die an Überkapazitäten leidende heimische Industrie. Und falls Ostafrika, Süd- und Zentralasien Wohlstandsgewinne durch die OBOR verzeichnen, kommt das Peking entgegen. Denn im Verhältnis zu jenen Ländern sind chinesische Produkte im oberen Preisbereich zu platzieren.

Zweitens geht es der kommunistischen Staatsführung um die Ausweitung der eigenen Industriepolitik. Sie sieht nämlich

vor, dass China in den nächsten Jahrzehnten zur führenden Industrienation aufsteigt. In einem ersten Schritt sollen bis 2025 rund 70 Prozent der in China genutzten High-Tech-Produkte sowie die meisten wichtigen Werkstoffe auf heimischem Boden hergestellt werden. Damit sollen chinesische Produkte zum Standard in der OBOR-Region aufsteigen. In China und in den OBOR-Ländern soll nämlich die Verpflichtung gelten, nur chinesische Produkte zu kaufen.

Aber hinter der OBOR stehen auch diplomatische und militärische Ziele. China will zum Patron der OBOR-Staaten aufsteigen. Ob in den Vereinten Nationen

«Tributpflichtige Länder – heute nennt man sie Kooperationspartner – sollen autonom sein und florieren. Nur der Führungsanspruch Pekings darf nicht hinterfragt werden.»

oder in der Weltbank, ob in militärischen Allianzen oder in der Welthandelsorganisation: OBOR-Länder sollen sich zu einem Block unter der Führung Pekings zusammenfinden. Letztlich erfüllt die OBOR auch noch militärische Zwecke. Im Falle eines Krieges im südchinesischen Meer bleiben Versorgungswege intakt. Mit oder ohne Krieg: Die US-Präsenz in Asien sowie Indien werden durch OBOR neutralisiert – langfristig auch Russland.

Innenpolitik bestimmt Richtung

In China ist Aussenpolitik immer Innenpolitik. Die OBOR soll auch im Innern des Landes verschiedenen Zwecken dienen. Zum einen soll sie den Provinzen im Inneren und Westen den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg ermöglichen. Zum anderen soll sie die klare Haltung Pekings zu den «Problemprovinzen» Tibet und Xinjiang zeigen: sie sind integraler Teil des Landes.

Damit die Uiguren der Provinz Xinjiang die geostrategischen Absichten Beijings nicht behindern, werden sie durch eine ununterbrochene Zuwanderung von Han-Chinesen zur Minderheit in der Provinz gemacht. Ihre islamische Religion auszuüben, wird eingeschränkt. Die gleiche Strategie wird erfolgreich in Tibet umgesetzt – während der persönliche Zugang zum Buddhismus kein Problem ist, operieren kirchenähnliche Organisationen alles andere als frei.

Ein weiteres innenpolitisches Ziel wird mit der OBOR verfolgt. Der Machtausgleich zwischen der kommunistischen Partei, nationalistischen Kreisen und den Militärs – drei oft überlappende Gruppen – soll sichergestellt werden. Dieser Ausgleich geschieht durch die Stärkung der Wirtschaft, der Diplomatie und des Militärs. Kurz: Die geopolitische Machtballung dient den innenpolitischen Zielen dieser drei Gruppen.

Hegemonie als Ziel

Dass Hegemonie ein Ziel Chinas ist, ist schwer abzustreiten. Das Land empfindet es als zivilisatorische Mission, im Mittelpunkt der Welt zu stehen. Daraus müssen nicht notwendigerweise Probleme abgeleitet werden. Es ist auch möglich – und in der chinesischen Denkhaltung sogar wünschenswert – die Hegemonialstellung friedlich zu erringen. Tributpflichtige Länder – heute nennt man sie Kooperationspartner – sollen autonom sein und florieren. Nur der Führungsanspruch Pekings darf nicht hinterfragt werden.

Dann stellt sich eine letzte Frage: Wenn China weltweit die Hegemonialstellung innehaben soll, wer hat sie innerhalb des Landes? Der chinesische Präsident Xi Jinping ist der Chef der kommunistischen Partei, des Militärs und des Staates. Im Jahr 2017 wurde ihm auch der Status eines «Hauptführers» zuerkannt. Damit steht er auf der gleichen Ebene wie Mao Zedong, Deng Xiaoping und Jiang Zemin vor ihm. Der nächste Schritt wäre, ihn zum «Steuermann» zu machen, was ihm beinahe absolute Macht über die Institutionen geben würde und möglicherweise sein Mandat zeitlich unbeschränkt.

Es bleibt also festzustellen: Im chinesischen Denken ist China die Mitte der Welt – und die Stellung des Präsidenten wohl auch die Mitte der Mitte. Auch wenn die OBOR-Strategie sehr vorteilhafte Massnahmen kennt: Ihr Ziel ist ein geostrategisches. Und selbst diese geostrategische Ausrichtung gehorcht wiederum einer innenpolitischen Maxime: Hegemonie Chinas im Ausland und Xis im Inland. ■

Cyber Observer

Bis vor kurzem galt es in der westlichen Welt als unerhört, ein Verbot von «Verschlüsselung» zu fordern. Schliesslich brauchen wir diese alle, um sicher im Internet kommunizieren zu können. Doch dies war nicht immer so. Bis 1996 war es zum Beispiel in Frankreich erforderlich, den genutzten Schlüssel bei einer «vertrauenswürdigen Behörde» zu hinterlegen. Damit wollte man sicherstellen, dass man Nachrichten im Zweifelsfall knacken konnte.

Manch schlecht informierter Politiker schreit jüngst nach dem Verbot des «Darknet». Dieses kann man nicht einfach so verbieten, denn es ist lediglich ein Wortkonstrukt für einen bestimmten Bereich des Internets. Dieser kann in der heutigen Form nur bestehen, solange Verschlüsselung existiert. Der Ruf nach dem Verbot des Darknets kommt also eigentlich dem Wunsch des Verbots nach Verschlüsselung gleich.

Juristisch ist ein solches etablierbar. Das hält aber per Definition die Verbrecher nicht davon ab, sich darüber hinwegzusetzen. Einige der schlecht informierten Politiker wollen dann das Verbot von Verschlüsselung mit technischen Mitteln durchsetzen. Das wäre sogar weitestgehend möglich.

Doch wenn man nicht mittels «Kryptographie» verschlüsseln darf, wird man halt zuerst mittels «Steganographie» verstecken. Textmitteilungen werden dann zum Beispiel in Bildern codiert. Diese Modifikation ist von blossem Auge nicht zu erkennen. Also nur wer weiss, wie die Daten im Bild versteckt wurden, kann sie auch wieder extrahieren.

Nach dem Verbot von Kryptographie würde dem Darknet halt also unweigerlich die Eigenschaft von Steganographie anhaften. Die Bekämpfung dessen auf technischer Ebene wird damit um ein Vielfaches schwieriger. Das soziale Problem, das als Ursache des Darknets gilt, wird damit ignoriert und dessen Adressierung nur weiterhin in die Zukunft aufgeschoben.

Oblt (Zivilschutz) Marc Ruef
Head of Research, Würenlos